
Aussprache

Historische Kritik und gegenwärtige Praxis blieben unverbunden*

„Der DGB stellt sich der Geschichte“ - unter diesem Motto suchten die Gewerkschaften zum zweiten Mal den Dialog mit Geschichts- und Politikwissenschaftlern. Mehr noch als die erste ähnliche Veranstaltung 1979 anlässlich der DGB-Gründung vor 30 Jahren stand die „Historisch-politische Konferenz“ am 2. und 3. Mai 1983 in Dortmund unter der Forderung, die Erfahrungen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Nationalsozialismus für die Gegenwart nutzbar zu machen. Besteht die Gefahr, daß die jetzige wirtschaftliche Stagnation mit steigender Arbeitslosigkeit zu ähnlichen politischen Tendenzen führt wie damals?

Die damalige historische Situation und die Politik der Gewerkschaften sind schon vor der Konferenz in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (Heft 4/5 1983) in

inhaltsreichen und zugleich zusammenfassenden Aufsätzen dargelegt worden. Die Feststellungen, die dort getroffen wurden, unterstreichen die Notwendigkeit, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Gegenüber einer auch in diesen Beiträgen zum Ausdruck kommenden, wenig ermutigenden Analyse der Vergangenheit hat Ernst Breit für die Zukunft versichert: „Die Gewerkschaften werden sich auf diesen Weg nicht ein zweites Mal zwingen lassen!“¹ Die Wissenschaftler werden dieses Vertrauen in die Stärke der Gewerkschaften auch in der wirtschaftlichen Krise sicherlich unterstützen. Aber wurde und wird auch gefragt, wodurch es gerechtfertigt ist? Wie unterscheiden sich die heutigen Kräfteverhältnisse, die Struktur der Wirtschaftskrise, die Konzeptionen und Kampfmittel der Gewerkschaften

* Dieser Aussprache-Beitrag bezieht sich sowohl auf die „Historisch-politische Konferenz“ des DGB am 2. und 3. Mai 1983 in Dortmund als auch auf das Heft 4/5 - 1983 dieser Zeitschrift, das der Vorbereitung dieser Konferenz dienen sollte. D. Red.

¹ Ernst Breit, Der DGB stellt sich der Geschichte, in: GMH 4/5 - 83, Seite 202.

von damals, so daß die Überzeugung, die Gewerkschaften würden vergleichbaren Entwicklungen heute widerstehen, begründet erscheint?

Hans-Hermann Hartwich hat am Ende seines Aufsatzes hierzu einige Hinweise gegeben.² Sie hätten, z. B. auf den Konferenz, vertieft und geprüft werden müssen. Dies hätte zumindest in der Arbeitsgruppe geschehen können, die sich unter dem Oberthema „Arbeitslosigkeit - Sozialabbau - Demokratieverlust“ mit „Gewerkschaftlichen Handlungsspielräumen in der Krise“ befaßte - ein Titel, der zum historischen Vergleich geradezu herausfordert. Doch die Analyse gewerkschaftlicher Aktionsmöglichkeiten und die Kritik ihres tatsächlichen Handelns blieb weitgehend auf die Jahre 1930 bis 1933 beschränkt. Als dagegen in der Schlußveranstaltung „Wege aus der Krise“ diskutiert wurden, standen sich pluralistisch die Konzeptionen von Gewerkschaften, SPD und CDU gegenüber, ohne daß auf die zuvor erarbeiteten historischen Erkenntnisse Bezug genommen worden wäre. Dabei legten die vorgebrachten und sich oft gegeneinander ausschließenden Lösungsvorschläge die Frage nahe, welche Dienste diese denn in der Vergangenheit geleistet hatten und mit welchen politischen Tendenzen sie verknüpft gewesen waren. So aber blieben gegenwärtige Praxis und historische Kritik unverbunden. Letztere wurde noch nicht dahingehend entwickelt, erstere zu begründen oder abzusichern. Es war also eine historische *und* eine politische Konferenz. Der Bindestrich muß erst noch erarbeitet werden. Mit einigen Fragen möchte ich unterstreichen, wie dringlich dies ist.

Zu den Hauptforderungen des DGB, einer langfristigen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, gehört die Einführung der 35-Stunden-Woche. Ebensowenig wie vom damaligen sogenannten WTB-Plan³ können wir heute sagen, daß diese Forderung zu spät entwickelt worden sei. Aber wird sie hinreichend deutlich vertreten, etwa zusammen mit den gewerkschaftlichen Vertrauens-

leuten behandelt und tatsächlich als krisenüberwindend aufgefaßt? Damals waren die Gewerkschaften die einzige der großen gesellschaftlichen Organisationen, die mit ihrem Plan der Arbeitsbeschaffung eine Alternative zur Sparpolitik der Regierung entwarfen. Nach außen hin blieb dieses Programm ja gar nicht so erfolglos. In den Aufsätzen in dieser Zeitschrift ist gezeigt worden, wie seine Grundidee Zug um Zug von Papen bis Hitler übernommen, aber in einen völlig anderen, gewerkschaftsfremden politischen Rahmen gestellt wurde. Daß dieses Programm den Gewerkschaften gleichsam aus der Hand genommen und gegen sie gewendet werden konnte, lag unter anderem auch daran, wie es von der Gewerkschaftsführung aufgefaßt wurde. Sie hatte zu ihren eigenen Vorschlägen nicht hinreichend Vertrauen, um sie zu einem wirklichen Orientierungspunkt der Mitgliederaktivitäten zu machen. Da das Programm in seiner politischen Zielsetzung auf eine Stärkung gewerkschaftlichen Einflusses in der Wirtschaft hinauslief, hätte es einer gewissen Kampfkraft oder der Sicherheit einer gewerkschaftsfreundlichen Regierung bedurft, um es durchzusetzen.

In welcher Situation befinden wir uns heute? Ernst Breit hat versichert, daß die Gewerkschaften sich kooperativ zu einer Regierung verhalten werden, die die Krisenlasten nicht einseitig auf Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger verteilt. Bereits die jetzt vorliegenden Gesetzesvorhaben weisen in die entgegengesetzte Richtung. Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht angezielt, neue Arbeitsplätze werden nicht geschaffen. Was zählen in dieser Situation die Erfahrungen mit dem Scheitern von Gemeinwirtschaft

² Hans-Hermann Hartwich, Massenarbeitslosigkeit und Demokratiekrise - Arbeitsbeschaffung und soziale Reaktion, in: ebenda.

³ Zur Diskussion des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das nach seinen Urhebern Woytinski, Tarnow und Baade benannt wurde, siehe den Beitrag von Hans Mommsen, Seite 212 ff., und das Streitgespräch, Seite 298 ff, beide in: GMH 4/5 - 83

und Zentraler Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern aus der Weimarer Republik?

Die Gefahr der heutigen Krise liegt in der langfristigen und schleichenden Wirkung. Wird nicht allein dadurch das Vertrauen in die Gewerkschaften abnehmen, daß Jahr für Jahr eine Arbeitslosenquote hingenommen wird, die bald 10 oder mehr Prozent betragen wird, selbst dann, wenn das Produktionsvolumen mit nur wenigen Prozenten wächst oder stagniert und nicht so radikal absinkt wie in der Weimarer Zeit? Welche Bedrohungen für die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft gehen von einer nicht so offen sichtbaren, dafür aber lange anhaltenden Senkung des allgemeinen Lebensstandards aus? Wissen wir, wann die Mehrheit oder auch nur eine bedeutende Minderheit es aufgibt, gewerkschaftliche Handlungsstrategien noch als krisenlösend anzuerkennen, weil sie langfristig arbeitslos bleibt, den Reallohnverlust zunehmend spürt und die soziale Sicherung für Alter und Krankheit als eine zu große Belastung in der Gegenwart erfährt?

Heute wie damals ist die Frage, wer die Last der Krise trägt. Kann man jetzt noch darauf hoffen, daß der Staat einen Kompromiß zwischen den „Sozialpartnern“ vermittelt, wenn er zu erkennen gibt, daß er die Gewichte zugunsten der Unternehmer verschieben möchte?

Die Chance wurde noch nicht hinreichend genutzt, die jetzigen Probleme und Perspektiven gewerkschaftlichen Handelns im Lichte der Gleichartigkeiten und Veränderungen gegenüber der Weltwirtschaftskrise zu sehen und zu analysieren. Die Wissenschaftler, aber auch die gewerkschaftlichen Zeitzeugen von damals, verhielten sich zurückhaltend gegenüber den Fragen besonders aus der Gewerkschaftsjugend, die aus der Veranstaltung Anregungen für die aktuelle Bildungsarbeit mit nach Hause nehmen wollten. Vor allem die Wissenschaftler sind noch sehr vorsichtig darin, nicht nur vergleichbare

Momente zwischen der vergangenen Krise und der heutigen anzudeuten, sondern auch den Vergleich tatsächlich durchzuführen und hieraus gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Wenn die Gewerkschaften nicht einfach auf die Einsicht des Staates oder der Unternehmer hoffen wollen - und die historische Erfahrung zeigt, daß dieses besonders in der Krise vergeblich sein dürfte —, dann bleiben sie, wie Breit betonte, „herausgefordert“. Aber wissen sie, wozu?

In einer Arbeitsgruppe meinte ein Wissenschaftler, die Gewerkschaften hätten nach der Inflation 1923 die Rolle des Kapitalgebers für die Wirtschaft übernehmen müssen, da in der Inflation zu viel private Investitionsmittel vernichtet worden seien. Dies mag vom rein ökonomischen Gesichtspunkt eine logische Forderung sein (sofern die Krise wirklich durch Kapitalmangel ausgelöst wurde), für die Gewerkschaften aber wäre sie nur um den Preis der Selbstauflösung gangbar gewesen. Denn die Gewerkschaften hätten in dem Moment die Verfügung über ihre Mittel verloren, in dem sie diese der Produktion zugeführt hätten. Denn es ging den Unternehmern ja gerade darum, den gewerkschaftlichen Einfluß, den sie sich am Anfang der Republik vor allem unter dem Druck der Revolution haben verschaffen können, wieder rückgängig zu machen. Auch die Staatsorgane konnten dies nicht verhindern. Wir wissen, daß auch heute eine Auseinandersetzung um die Kontrolle von Investitionshilfen kaum anders ausgehen würde. In der Regel ist der Staat noch nicht einmal in der Lage zu garantieren, daß der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellte staatliche Mittel zur Sicherung und nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Nicht jedes Konzept zur Erhöhung der Produktion, ja nicht einmal zum Abbau der Arbeitslosigkeit (z. B. Rüstungsproduktion) kann von Seiten der Gewerkschaften akzeptiert werden. Dieses kann in der Diskussion in Betrieben, die vor der Schließung stehen, ein ernstes Problem werden.

Gerade in der Krise kommt es daher darauf an, den Sinn für gewerkschaftliche Lösungskonzepte zu schärfen und sie im Bewußtsein der Mitglieder zu verankern. Der historische Vergleich wird dann weiterhelfen, wenn er nicht nur die Fehlentwicklungen der Vergangenheit benennt, sondern auch zugleich Vorschläge formuliert, wie man sie in Zukunft vermeidet. Um dies zu erreichen, müssen sich die Wissenschaftler bereitfinden, noch stärker als bisher ihre Untersuchungsfragen aus der gewerkschaftlichen Praxis zwischen Handlungsdruck und einge-

schränkten Handlungsmöglichkeiten, wie sie aus der Krisensituation entspringen, zu beziehen. Die Analyse der historischen Erfahrungen wird dann nicht bei einem Appell für eine bessere Zukunft stehenbleiben, sondern sich zugleich zu einem bescheidenen Beitrag entwickeln können, sie auch herbeizuführen.

Dr. Falk Pingel,
Georg-Eckert-Institut für
internationale Schulbuchforschung,
Braunschweig